

II-9903 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4874/13

1993 -05- 18

A N F R A G E

des Abg. Mag. Schreiner, Gratzer, Rosenstingl  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend steuerschonende Maßnahmen der Stadtgemeinde St. Pölten

Die Stadtgemeinde St. Pölten - Vorzeigegemeinde und jüngste Landeshauptstadt Österreichs - verfolgt offensichtlich eigene Interessen ohne Rücksicht auf die des Finanzministers.

Der konkrete Fall - ein Räumungsvergleich der Stadt St. Pölten mit der Vinzenz Höfinger Ges.m.b.H. - zeigt die ungewöhnlichen Praktiken der im Gemeinderat zustimmenden SPÖ- und ÖVP-Politiker.

Die Vinzenz Höfinger Ges.m.b.H. war Pächter der "Pfahl-Mühle". Die Stadt meldete Eigenbedarf an, da sie dort ein Parkdeck für das zu bauende Krankenhaus errichten will. Als Mietrechtsablöse wurden 4 Mio. Schilling bezahlt, davon 2,3 Mio. in bar, der Rest in Form eines Ersatzgrundstückes, für welches 500 Schilling pro Quadratmeter in Rechnung gestellt wurden. Der auffällig niedrige Grundstückspreis wurde in der Gemeinderatsdebatte mit "steuerschonenden Maßnahmen" begründet. Da der ortsübliche Grundstückspreis für das 3339 Qadratmeter - Ersatzgrundstück bei 1.800 bis 3.000 Schilling pro Quadratmeter liegt, hätte ein Verkaufspreis von rund 6 Millionen erzielt werden können.

Sollte dieses Beispiel Schule machen, würden "steuerschonende Praktiken" der Komunen Steuereinbußen in unabsehbarem Ausmaß bewirken. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist Ihnen der Sachverhalt des Räumungsvergleiches der Stadt St. Pölten mit der Vinzenz Höfinger Ges.m.b.H. bekannt?
  - a) Wenn ja, wie beurteilen sie das steuerrechtliche Vorgehen der Stadt St.Pölten mit öffentlichem Vermögen?
  - b) Wenn nein, wann werden Sie mit den betreffenden Stellen Kontakt aufnehmen?
2. Sind Ihnen ähnlich gelagerte Fälle anderer Gemeinden bekannt?
  - a) Wenn ja, wie groß ist die Zahl der erfaßten Fälle?

- b) In welchem Ausmaß wird das Steueraufkommen durch solche Vorgangsweisen geschmälert?
  - c) Wenn nein, werden Sie diesbezüglich Recherchen anstellen lassen?
3. Welche Schritte sind seitens des Finanzministeriums geplant um bei den Kommunen größere Loyalität bezüglich der Abgaben zu erwirken?